

Haushaltsrede 2005

Verehrte Stadtverordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

- Praxisgebühr
- Hartz IV
- Arbeitslosengeld II
- Förderrealismuskommission
- Dosenpfand
- Maut

Worte, die im abgelaufenen Jahr 2004 den bundesrepublikanischen Alltag prägten und uns auch 2005 beschäftigen werden.

Können, ja dürfen wir noch von deutschen Dingen reden, wenn in Asien auf einem Schlag mehr als 160.000 Menschen einer Flutkatastrophe zum Opfer gefallen sind? Ist es derzeit nicht vermessen, vor allem über unsere Situation nachzudenken, wo doch unsere Probleme, selbst die uns ganz groß dünken, so unglaublich klein sind im Vergleich zu dem Leid dort?

Wieder einmal beantwortet unser Bundespräsident diese Frage für uns, indem er darauf hinweist, dass es viel mehr Brücken zwischen dem Hier und dem Dort als dem Schmerz darüber gibt, dass unter den Opfern auch viele hundert Deutsche sind. Wir begreifen in diesen Stunden, dass dies eine Welt ist, dass Globalisierung nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein emotional anrührender Zustand ist. Unser Bundespräsident fordert angesichts des Elends nach der Flutkatastrophe mehr „Weltinnenpolitik“. Horst Köhler mahnt damit, die Zusammenhänge zwischen den Sorgen und dem Wohlergehen der Völker nicht aus den Augen zu verlieren oder besser: Endlich ins Auge zu fassen. Bei dieser Forderung bezieht er ausdrücklich die hiesigen Städte und Gemeinden mit ein, denen er beim Wiederaufbau, der durch die schreckliche Flutkatastrophe zerstörten Infrastrukturen eine bedeutende Rolle zuerkennt. Eine Rolle, die unser Bundeskanzler dergestalt ausdrückt, nach Möglichkeiten der Begehung von Städtepartnerschaften zu suchen.

Solche Städtepartnerschaften setzen handlungsfähige Städte und Gemeinden voraus.

Meine Haushaltsreden der letzten Jahre waren bestimmt von der berechtigten Klage über die desolante Lage der Kommunalfinanzen. Diese Klage war immer verbunden mit der Hoffnung, eine Gemeindefinanzreform könne den Weg aus der Krise weisen. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen: Die Gemeindefinanzreform ist, wie wir alle wissen, gescheitert.

Die Kämmerer konsolidieren weiter auf Treibsand, die Räte können nur noch wenig gestalten. Es geht nur noch um Kürzungen, Streichungen und Schließungen. Dabei unternehmen die Kommunen seit Jahren die größtmöglichen Sparbemühungen. So wurde in den letzten 10 Jahren die für Mittelstand und Handwerk so wichtigen Bauinvestitionen um circa 40 % zusammengestrichen. Das Tafelsilber veräußert, die Sparpotenziale aufgebraucht.

Dennoch wachsen die Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten unaufhaltsam. Nach der amtlichen Kassenstatistik haben sie in den letzten drei Jahren um sagenhafte 1.000 Prozent zugenommen, sich glatt verzehnfacht: Von 507 Millionen Euro im Jahr 2001 auf 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2004.

Aus dem kommunalen Finanzbericht des Innenministeriums, der kürzlich vorgelegt worden ist, lässt sich das wahre Ausmaß der kommunalen Finanzkrise ablesen. 2003 betrug der Einnahmerückgang für die Kommunen insgesamt erneut 2,3 %. Dem gegenüber stiegen die sozialen Ausgaben weiter um 4,3 %. Die Sozialausgaben beliefen sich 2003 auf 9,1 Milliarden Euro und betrug damit fast das Dreifache der kommunalen Sachinvestitionen.

Was könnte das kommunale Finanzdesaster deutlicher beschreiben als die Tatsache, dass derzeit sich mehr als die Hälfte der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden entweder in der Haushaltssicherung befinden oder sogar in einer vorläufigen Haushaltsführung. Mehr als 180 Städte und Gemeinden haben damit ihre kommunale Selbstverwaltungsautonomie verloren. 72 Städte und Gemeinden befinden sich sogar in der vorläufigen Haushaltswirtschaft, da ihr Haushaltssicherungskonzept schon gar nicht mehr genehmigungsfähig ist.

Verehrte Stadtverordnete,

**die wichtigste Aussage vorweg.
Lüdinghausen
wird im Jahre 2005 noch nicht zu diesem Kreis gehören.**

Warum und weshalb dies - trotz miserabler Rahmenbedingungen noch nicht der Fall ist, darauf werde ich später eingehen.

9 von 10 Städten und Gemeinden weisen einen strukturell unausgeglichene Haushalt vor. Hierzu gehören alle Städte und Gemeinden des Kreises Coesfeld und damit zählt Lüdinghausen auch zu diesen Kommunen, wo die Ausgabenseite mittlerweile größer als die Einnahmeseite ist. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten und Gemeinden sind wir noch in der Lage, die Fehlbedarfe aus unserem Vermögen zu decken.

Fehlbedarfe, die sich fast ausschließlich nur noch auf die gesetzliche Verpflichtung der Erfüllung von Pflichtaufgaben bezieht oder zumindestens in der Gewichtung so zu beurteilen sind, dass sie nahezu Pflichtaufgaben gleichzustellen sind.

Meine Damen und Herren,

bevor ich auf den Haushalt 2005 noch näher zu sprechen komme, möchte ich noch zu einem ganz anderen Thema kommen.

Den Haushalt in der herkömmlichen Form, mit Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, wird es bald nicht mehr geben, weil dieses der Landesgesetzgeber so will. In Lüdinghausen soll dies vollständig ab dem Haushalt 2008 nicht mehr so sein.

Den Grund dafür kennzeichnen drei Buchstaben.

NKF.

NKF steht für Neues Kommunales Finanzmanagement.

Was sich dahinter verbirgt, möchte ich Ihnen an dieser Stelle kurz erläutern.

Hinter dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement verbergen sich im wesentlichen zwei Dinge.

1. Die Ablösung der kameralistischen Buchführung durch die doppelte Buchführung. Ein anderes Buchführungssystem, das den Werteverzehr der Anlagen und die damit im Zusammenhang stehenden Kosten zeigt.

2. Umstellung auf einen output-orientierten Produkthaushalt.

Für die Umstellung auf NKF sind sehr umfangreiche Arbeiten zu leisten, insbesondere sind das

1. Inventur inklusive Bewertung sämtlicher städtischer Einrichtungen
2. Erstellen einer Eröffnungsbilanz
3. Erstellen eines Produktplanes

Diese Arbeiten zu leisten bedeutet eine enorme Kraftanstrengung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Wir werden versuchen, diese zusätzlich zu leistenden Mehraufgaben so gut es geht nebenher mit möglichst wenig finanziellem Aufwand zu leisten. Dennoch sind Kosten hierfür unumgänglich (20.0000 Euro Einführung NKF, ab 2006 zusätzlich EDV-Kosten). Soviel heute zum Thema NKF.

In der ersten Jahreshälfte wird Sie eine Informationsveranstaltung auf dieses Thema noch besonders einstimmen.

Meine Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der Entwurf von

- Haushaltssatzung und Budgetbuch 2005
- Stellenplan 2005
- Finanz- und Investitionsplan 2006 bis 2008.

Die Entwürfe werden Ihnen hiermit gemäß § 79 GONW zugeleitet.

Der Haushaltsentwurf stellt dar, wie 2005 der finanzielle Rahmen gesteckt werden soll. Dies auch auf die einzelnen Aufgaben bezogen. Er zeigt zudem auf, wo in der Aufgabenerfüllung die Schwerpunkte gesetzt sind. Darüber hinaus sind in dem Entwurf für die kommenden Jahre Eckpunkte der Entwicklung gesetzt.

Zum Haushalt 2005 möchte ich zusammenfassend vortragen:

Der Verwaltungshaushalt ist ausgeglichen. Dieser Ausgleich war jedoch nur durch eine Zuführung des Vermögenshaushaltes aus Grundverkaufserlösen in Höhe von 3.340.000 Euro möglich. Um diesen Betrag verringert sich das Investitionsvolumen des Vermögenshaushaltes.

Angesichts der Verschlechterungen, die sich im kommenden Jahr insbesondere beim Anteil an der Einkommenssteuer, den Schlüsselzuweisungen und dem Wegfall der allgemeinen Rücklage sowie durch Mehrausgaben für Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II, Nutzungsentgelt Hallenbad und erhöhten Betriebskosten für Kitas und Spielgruppen ergeben, ließ sich gegenüber 2004 eine weit erhöhte Stützung des Verwaltungshaushaltes aus Grundverkaufserlösen nicht vermeiden.

Die Realsteuerhebesätze, die in 2003 aufgrund der Erhöhung der fiktiven Hebesätze im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes erhöht worden sind, sollten auch für das Jahr 2005 Geltung haben. Eine über die fiktiven Hebesätze hinausgehende Anhebung der Realsteuerhebesätze wäre in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit das falsche Signal. Ob eine Erhöhung auf Dauer vermeidbar sein wird, bleibt abzuwarten.

Eine Erhöhung der Hundesteuer und der Vergnügungssteuer ist ebenfalls nicht vorgesehen. Die Steuersätze wurden zuletzt in 2003 angehoben.

Im Bezug auf die Hundesteuer ist in 2005 eine Hundebestandsaufnahme beabsichtigt, die sich allerdings erst in 2006 positiv auf der Einnahmenseite auswirken kann.

Das Jahr 2005 soll ebenfalls dazu genutzt werden, Erhebungen und Berechnungen über die Einführung einer Zweitwohnungssteuer in 2006 anzustellen.

Der Vermögenshaushalt kommt aufgrund der Zuführung aus Grundverkaufserlösen an den Verwaltungshaushalt nicht ohne Kreditaufnahmen aus.

Im Gegensatz zu den Vorjahren sind zur Mitfinanzierung jedoch in diesem Jahr lediglich 300.000 Euro vorgesehen. Diese Kreditaufnahme bedeutet keine Netto-Neuverschuldung. Der Schuldenstand verringert sich aufgrund einer größeren Tilgungsleistung geringfügig um 17.000 Euro.

Die Investitionsplanung sieht für die Jahre 2006 bis 2008 weitere Kreditaufnahmen von insgesamt 3,135 Mio. Euro vor. Daraus ergibt sich allerdings wieder eine Netto-Neuverschuldung.

In der Finanzplanung kann für die Jahre 2006 bis 2008 kein ausgeglichener Verwaltungshaushalt vorgelegt werden. In diesen Jahren ergeben sich Unterdeckungen zwischen 1,509 Mio. Euro und 2,859 Mio. Euro. Durchschnittlich beträgt die Unterdeckung im Finanzplanungszeitraum 2,130 Mio. Euro.

Selbst diese Defizite waren nur zu erreichen, indem die gekürzten Ansätze 2005 weitestgehend nicht erhöht wurden.

Sollte sich die finanzielle Ausstattung der Stadt durch eine unverzichtbare Gemeindefinanzreform und durch eine Konjunkturbelebung nicht verbessern, wird ab dem Jahr 2006 die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes immer wahrscheinlicher.

Wünschenswerte Maßnahmen konnten auch in 2005 nicht aufgenommen werden und mussten weiterhin in den Finanzplanungszeitraum verschoben werden; einige Maßnahmen sogar auf den Zeitraum nach 2008.

Verehrte Stadtverordnete,

unsere finanzielle Situation gleicht der einer Kerze, die an zwei Enden brennt. Die Einnahmen sinken ständig und die Ausgaben steigen stets.

Dies möchte ich an einigen Beispielen beleuchten, bevor ich auf den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt noch im Einzelnen zu sprechen komme.

1. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale

Im Jahre 2005 wie auch zuvor im Jahr 2004 erhalten die Kommunen die Schlüsselzuweisung auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 (sogenannter Doppel-GFG). Die Verbundmasse beruht für 2005 aus Steuerschätzungen. Gleichzeitig wird in 2005 der Steuerverbund 2003 abgerechnet.

Die Schlüsselzuweisungen als drittgrößte Einnahmeposition bricht weiter erheblich trotz gestiegener Einwohnerzahl (**Hauptwohnungen 23.964 + Nebenwohnungen 801**) (**24.765**) deutlich ein.

Auslöser hierfür in 2005 sind in erster Linie

- die kreditierten Beträge, die das Land jetzt zurück haben will;
- die immer mehr zunehmenden Befrachtungen und Vorwegabzüge (z. B. für die Schul- und Sportpauschale und die Sonderlasten Ost);
- das insgesamt geringere Steueraufkommen, dass über die Schlüsselzuweisungen unmittelbar auch die Kommunen trifft.

Für das Jahr 2005 ergibt sich nach dem Entwurf zum Nachtragsgesetz zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 und nach der 2. Modellrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik eine Schlüsselzuweisung für die Stadt in Höhe von insgesamt 4.34 Millionen Euro. Gegenüber 2004 bedeutet dies eine Mindereinnahme von 189.600 Euro.

2. Solidarbeitrag

Der Solidarbeitrag als Anteil der Gemeinden an den Kosten der deutschen Einheit wird auch in 2005 weiter fortgesetzt.

Nach der Modellrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik hat die Stadt Lüdinghausen bei Verrechnung der Zahllast und des Erstattungsbetrages einen Betrag in Höhe von 20.300 Euro zu erbringen.

3. Schulpauschale und Sportstättenpauschale

Der Gesamtbetrag der Schulpauschale soll 2005 unverändert 460 Mio. Euro betragen. Für die Stadt bedeutet dies eine Schulpauschale von 585.500 Euro.

Die in 2004 erstmals eingeführte Sportstättenpauschale soll ebenfalls in unveränderter Höhe gezahlt werden und beträgt voraussichtlich 56.900 Euro.

4. Kreisumlage 2005

Nach dem von seiten des Kreises Coesfeld kürzlich vorgelegten Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushalts 2005 war eine Anhebung des Hebesatzes bei der Kreisumlage um 7,67 Punkte angekündigt. Eine solche gravierende Erhöhung hätte für die Stadt Lüdinghausen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro bedeutet. Diese Erhöhung beinhaltet auch mit 3,12 Prozentpunkten den sich für die Stadt positiv auswirkenden Wegfall der Finanzbeteiligung der Städte und Gemeinden an den Sozialhilfekosten des Kreises als örtlicher Träger der Sozialhilfe, womit aber immer noch eine Erhöhung der Kreisumlage um 4,55 Prozentpunkte verbleibt, die sich unmittelbar zusätzlich belastend auf die Kommunen des Kreises Coesfeld mit rund 7,67 Millionen Euro und entsprechend dem Umlageanteil von 7,67 mit 834.000 Euro auf die Stadt Lüdinghausen auswirkt. Nunmehr hat der Landrat des Kreises Coesfeld am 15. Dezember den Entwurf des Kreishaushalts 2005 mit dem Vorschlag eingebracht, die Ausgaben der nach dem Sozialgesetzbuch II zu finanzierenden Unterkunftskosten separat mit den Kommunen abzurechnen und die Kreisumlage „nur noch“ um 0,76 Prozentpunkte zu erhöhen. Dieses hat nach den derzeitigen Kalkulationsgrundlagen für das SGB II – Kosten der Unterkunft – für die Stadt Lüdinghausen folgende Auswirkungen:

- Nettounterkunftskosten des Kreises Coesfeld insgesamt = 12,3 Millionen Euro
- davon Anteil der Stadt Lüdinghausen = 1,2 Millionen Euro
- abzüglich bisheriger Anteil an den Sozialhilfekosten = 0,479 Millionen Euro
- verbleibende zusätzliche Belastung = 0,721 Mill. Euro
- zuzüglich angekündigte Erhöhung der Kreisumlage um 0,76 Punkte = 0,123 Millionen Euro
- verbleibende zusätzliche Belastung = 844.000 Euro

Vergleicht man diese beiden Varianten, so stellt man fest, dass sich letztlich nach dem derzeitigen Stand im rechnerischen Ergebnis für die Kommunen kaum ein Unterschied ergibt. Der Vorteil bei der Variante, die Kosten der Unterkunft nach SGB II separat abzurechnen, liegt aber darin, dass nach den sich tatsächlich ergebenden Kosten abgerechnet wird und eine zunächst pauschale Zahlungsverpflichtung der Kommunen sich nicht unmittelbar aus der festgesetzten Kreisumlage ergibt, sondern die Vorabschätzung für das Haushaltsjahr 2005 in den Risikobereich der Stadt Lüdinghausen fällt. Der Kreis Coesfeld und seine Städte und Gemeinden müssen gemeinsam beim Bund einfordern, dass sich aus der sogenannten „Hartz IV – Reform“

tatsächlich Entlastungen von 2,5 Milliarden Euro bundesweit ergeben. Diese Entlastungen kommt bei den Kreisen an. Die Revisionsklausel des SGB II sieht vor, dass bereits zum 1. März und 1. Oktober des nächsten Jahres überprüft wird, ob dieser Einspareffekt erreicht wird. Sollten die 2,5 Milliarden Euro nicht zu Gunsten der Kreise und kreisfreien Städte eingespart werden, ist durch Rechtsanspruch garantiert, dass eine entsprechende Nachbesserung durch den Bund erfolgt. Diese Nachbesserungen beinhalten die Kalkulationsgrundlagen des Kreises derzeit nicht.

Die Stadt Lüdinghausen hat im Jahre 2004 an den Kreis rund 9,743 Millionen abführen müssen. Die Kreisumlage stellt somit die größte Ausgabebeziehung im städtischen Haushalt dar. Mit fast 30 % an den Gesamtausgaben des städtischen Haushaltes beinhaltet der Anteil der Kreisumlage, dass fast jeder dritte Euro, den die Stadt Lüdinghausen ausgibt, ein Euro Kreisumlage bedeutet.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf sieht keine Ansetzerhöhung der Kreisumlage um 0,76 Prozentpunkte vor. Ich gehe davon aus, dass alle Städte und Gemeinden in ihrem gemeinsamen Bestreben eine Erhöhung der Kreisumlage zu vermeiden, Erfolg haben werden. Diesen Optimismus schöpfen die Bürgermeister der elf Städte und Gemeinden aus vielen Überlegungen, von denen ich nur einige beispielhaft aufzählen möchte:

- Die finanziellen Verbesserungen aus dem Jahresabschluss 2004 des Kreises Coesfeld sind bislang in den Haushaltsplanentwurf des Kreises nicht miteingearbeitet;
- Bei der Veranschlagung im Haushaltsentwurf des Kreises wird von einer Mehrbelastung durch den ÖPNV (Defizitausgleich an die RVM) von 350.000 Euro ausgegangen. Dieser Betrag ist deutlich überhöht. Nach dem Wirtschaftsplan der RVM ist von deutlichen Einsparungen im Rahmen des ÖPNV in 2005 auszugehen;
- Bei der Landschaftsverbandsumlage ist aufgrund einer angekündigten Steigerung von 15,9 Punkte auf 16,9 Punkte eine Mehrbelastung von circa 500.000 Euro im Kreishaushalt vorgesehen. Diese Umlageerhöhung darf nicht widerspruchsfrei hingenommen werden, dies muss auch der Kreis Coesfeld in seiner Haushaltsplanberatung deutlich machen;
- aufgrund der Aufgabenentlastung im Bereich der „klassischen Sozialhilfe“ müssten im Bereich der sozialen Sicherung deutliche Personalkosteneinsparungen weitergegeben werden.

Doch nun zum **Verwaltungs- und Vermögenshaushalt**.

Das Budgetbuch des Jahres 2005 schließt den Verwaltungshaushalt mit einer Summe von 33.76 Millionen Euro ab. Das sind gegenüber 2004 1.7 Millionen Euro mehr oder 5,3 %. Zum Ausgleich ist, wie bereits erwähnt, eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 3.34 Millionen Euro geplant.

Meine Damen und Herren,
im Verwaltungshaushalt ist das Budget IX – Zentrale Finanzwirtschaft – als das Finanzierungsbudget des Verwaltungshaushaltes anzusehen. Dieses Budget schließt mit einem Überschuss von 12.073.550 Euro ab. Dies sind gegenüber 2004 954.750 Euro mehr = 8,59 %. Diese Zahlen berücksichtigen in der Einnahme eine Zuführung vom Vermögenshaushalt.

2004	2.887.000 Euro
2005	3.340.000 Euro

Bleiben diese Zahlen unberücksichtigt, ergibt sich folgende Übersicht:

2004	Überschuss	8.231.800 Euro
2005	Überschuss	8.733.550 Euro

Danach ergibt sich im Budget IX eine Verbesserung in den allgemeinen Deckungsmitteln von 501.750 Euro.

Lassen Sie mich hier nur die Veränderungen über 50.000 Euro nennen:

Einnahmen:

Gewerbesteuer	+ 400.000 Euro
Anteil Einkommensteuer	- 90.000 Euro
Schlüsselzuweisungen	- 189.600 Euro
Grundsteuer B	- 100.000 Euro
Erstattung Solidarbeitrag	+ 79.200 Euro

Ausgaben:

Gewerbesteuerumlage	- 131.000 Euro
Zahlungsbeitrag Solidarbeitrag	- 69.400 Euro
Kreisumlage	- 203.000 Euro

Es wird im einzelnen im Rahmen des Beratungsverfahrens zum Budgetbuch hierauf einzugehen sein. Der Überschuss im Budget IX einschließlich der Zuführung vom Vermögenshaushalt wird voll zur Abdeckung des Zuschussbedarfes in den anderen Budgets benötigt.

Ich darf hierzu auf die Übersicht und den Vergleich Zuschuss 2004 / Zuschuss 2005 im Vorbericht verweisen.

Bei der Übernahme der Anmeldungen der Fachbereiche zum Haushalt 2005 mussten wiederum erhebliche Abstriche gemacht werden. Die Fachbereiche waren bei ihren Anmeldungen jedoch bemüht, die Kosten niedrig zu halten und das Niveau des Jahres 2004 nicht zu überschreiten, was jedoch nicht immer möglich war.

Im sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand beispielsweise konnte das Niveau des Vorjahres nicht gehalten werden. Insbesondere die Fernmeldekosten mussten den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Der erhöhten Mitarbeiterzahl im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform musste hier ebenfalls Rechnung getragen werden.

In den überwiegenden Bereichen sind Abstriche schon zur Regel geworden. Diese zur Regel gewordenen Ansatzkürzungen führen natürlich zu Einschnitten bei der Aufgabenerledigung. Je länger die Finanzkrise andauert, werden die Einschnitte immer größere Dimensionen annehmen, wenn es nicht gelingt, zukünftig strukturell ausgeglichene Haushalte aufzustellen. Bis das wieder gelingt, wird es auch in den Folgejahren unumgänglich sein, auch die freiwilligen Aufgaben immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.

Auf einen Vergleich und auf Erläuterungen zu einzelnen Aufgabenbereichen des Haushaltsentwurfes möchte ich an dieser Stelle verzichten. Im Rahmen der Beratung in den zuständigen Gremien wird darauf noch einzugehen sein.

Bevor ich nun zum Vermögenshaushalt und zur Investitionsplanung komme, lassen Sie mich noch auf folgendes hinweisen:

1. Bei der Gewerbesteuer habe ich den Ansatz auf 5,5 Mio. Euro festgesetzt. Er liegt damit um 400.000 Euro über dem Ansatz des Jahres 2004.

Diese optimistische Einschätzung basiert auf dem in 2004 bundesweit zu verzeichnenden Zuwachs des Gewerbesteueraufkommens, der sich hoffentlich auch im Haushalt unserer Stadt bemerkbar machen wird.

Der Trend auf Bundesebene allein war jedoch nicht ausschlaggebend für die Ansatzserhöhung. Die Vorauszahlungen für das Jahr 2005 betragen nach dem Stand von Dezember 2004 über 5,3 Mio. Euro. Mit den in 2005 zu erwartenden Abschlusszahlungen ist der Ansatz von 5,5 Mio. Euro nicht unrealistisch.

2. Bei den Personalkosten liegt der Ausgabeansatz Sammelnachweis 0 um 5,4 % über dem Ansatz 2004.

Diese hohe Steigerung der Personalkosten relativiert sich allerdings dadurch, dass durch die Aufgabenübertragung im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform fünf zusätzliche Stellen im Stellenplan der Stadt eingestellt werden mussten. Diesen zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 380.000 Euro steht eine Einnahmeerstattung durch den Bund gegenüber.

Nach Abzug der zusätzlichen Personalkosten verbleibt eine Personalkostensteigerung von lediglich rund 0,6 %. Berücksichtigt man hierbei noch, dass die Personalkosten eine Tarifierhöhung von 2 % und Kosten für Altersteilzeit beinhalten, liegen die Personalkosten weit unter dem Niveau von 2004.

Nur eine restriktive Stellenbewirtschaftung hat dieses Ergebnis ermöglicht. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen städtischen Einrichtungen, durch deren überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft eine Ausweitung des Personalbestandes und somit höhere Personalkosten vermieden werden können.

3. Bei der Unterhaltung im Hochbau und auch im Tiefbau konnten die berechtigten Anforderungen der Fachbereiche aufgrund der zur Verfügung gestellten Mittel nicht erfüllt werden.

Die in jüngster Vergangenheit notwendig gewordene Sperrung von Steverseitenwegen ist nur ein Beispiel für die Folgen der Ausgabenkürzungen im Unterhaltungsbereich.

4. Der Schuldendienst liegt mit 34.700 Euro über den Ansätzen des Jahres 2004. Die Kreditaufnahmen des Vermögenshaushaltes wirken sich aus. Das niedrige Zinsniveau kommt dem Haushalt hierbei zugute.

Zu den weiteren Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes darf ich auf das Ihnen vorliegende Zahlenwerk mit den Erläuterungen verweisen.

Verehrte Damen und Herren,

der Vermögenshaushalt 2004 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 7.478.500 Euro.

Lässt man die Zuführung zum Verwaltungshaushalt außen vor, beträgt die Summe, die für Investitionen zur Verfügung steht, lediglich 4.138.500 Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Reduzierung der Investitionen um rund 31 %.

- Fortführung begonnener Maßnahmen
- Neuveranschlagungen und Maßnahmen aus 2004
- Notwendige Vorhaben im Hochbaubereich insbesondere im Schulbau
- Erschließung bestehender Wohn- und Gewerbegebiete
- Ausstattung städtischer Einrichtungen
- Zukunftssicherung zur weiteren Entwicklung der Stadt durch neue Wohn- und Gewerbegebiete sind wie jedes Jahr die Kriterien unter denen der Vermögenshaushalt zu betrachten ist.

Die Finanzlage der Stadt und die Auswirkung auf den Verwaltungshaushalt müssen hierbei berücksichtigt werden. Wie bereits im Vorjahr war es auch bei Aufstellung des Haushaltes 2005 notwendig, die einzelnen Maßnahmen unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit zu betrachten. Bei größeren Maßnahmen sind im Jahr 2005 nur Teilbeträge veranschlagt. Die Endfinanzierung wird durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre abgesichert. Die Maßnahmen werden also in ihrer zeitlichen Durchführung gestreckt. Bei anderen Baumaßnahmen musste sogar der Baubeginn auf Folgejahre hinausgeschoben werden.

Der Finanzierbarkeit des Gesamthaushaltes mussten, nicht zuletzt im Hinblick auf den notwendigen Ausgleich des Verwaltungshaushaltes und der hierzu erforderlichen Zuführung aus dem Vermögenshaushalt, Opfer gebracht werden.

So hoffe ich, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2005 den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Auch wenn der überwiegende Teil der Budgets über eigene Einnahmen verfügt, so erfolgt die Finanzierung im wesentlichen durch den Einnahmeüberschuss im Budget IX - Zentrale Finanzwirtschaft - .

Angesichts der Gesamtfinanzlage der Stadt können die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes nur dann in Angriff genommen werden – soweit es sich nicht um Fortsetzungsmaßnahmen handelt – wenn die Finanzierung sichergestellt ist. Dies gilt auch für die Inangriffnahme von Maßnahmen erst dann, wenn die eigenen Einnahmen vorliegen. Es sollte, und diese sind nicht eingeplant, auf teure Zwischenfinanzierungen verzichtet werden.

Wie bereits erwähnt soll der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes über die Zuführung von Grundverkaufserlösen des Vermögenshaushaltes erreicht werden. Den Grundverkaufserlösen kommt somit eine besondere Bedeutung zu. So werden in 2005 große Anstrengungen notwendig sein, den Ansatz von 4,3 Mio. Euro Grundverkaufserlösen zu erreichen.

Darüber hinaus wird es innerhalb der Beratung notwendig sein, alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Durchführung in 2005 zu prüfen. Eine Verringerung der Kreditaufnahmen von 300.000 Euro würde bedeuten, dass Maßnahmen entfallen oder hinausgeschoben werden müssen.

Die nachfolgenden größeren Maßnahmen sollen in 2005 finanziert bzw. teilfinanziert werden:

▪ Endausbau Stichweg Ludgeristiege	30.000 Euro
▪ Endausbau Straße an den Kämpen und Zeisigweg	165.000 Euro
▪ Erneuerung von Ampelmasten	50.000 Euro
▪ Endausbau Baugebiet Im Rott Nord	825.000 Euro
▪ Erweiterung Straßenbeleuchtung	150.000 Euro
▪ Haltestellen ÖPNV	100.000 Euro
▪ Umbau-Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Lüdinghausen	133.000 Euro
▪ Erweiterung – Aufstockung Feuerwehrgerätehaus Seppenrade	200.000 Euro
▪ Sanierungsmaßnahme Realschule	100.000 Euro
▪ Sanierungsmaßnahme Sporthalle Realschule	175.000 Euro

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

Eigene Einnahmen:	2,23 Mio. Euro	ca. 54 %
Zuweisungen usw.:	1,61 Mio. Euro	ca. 39 %
Kredite:	0,30 Mio. Euro	ca. 7 %

Soviel zum Vermögenshaushalt 2005.

Meine Damen, meine Herren,

Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2005 und auch die Finanzplanung 2006 bis 2008 sind unter der augenblicklichen Prämisse und den zum jetzigen Zeitpunkt erhältlichen Daten aufgestellt worden. Es gibt jedoch eine Reihe von Fragen für die Finanzplanung, die zum augenblicklichen Zeitpunkt noch nicht endgültig beantwortet werden können. Es ist offen, ob die bisherigen Steuerschätzungen Bestand haben werden, es ist offen, ob den Kommunen in den kommenden Jahren weitere zusätzliche Aufgaben durch neue Leistungsgesetze aufgebürdet werden und wie sich im Zeitraum der Finanzplanung der Steuerverbund entwickeln wird.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind dies alles unbekannte Faktoren unter denen die Finanzplanung bis zum Jahre 2008 aufzustellen war.

Fest steht nur, dass die Finanzausstattung der Kommunen verbessert werden muss, damit die Aufgabenerfüllung und die Weiterentwicklung in unserem Land und unserer Stadt auch morgen noch gewährleistet werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Haushalt 2005 und die Finanzplanung 2006 bis 2008 zu sehen.

In den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 decken die Einnahmen nicht die Ausgaben. Es bleibt daher zu hoffen, dass durch die immer wieder angekündigte Gemeindefinanzreform neue oder höhere Einnahmen in die Stadtkasse fließen und das auch künftig ein Haushaltssicherungskonzept vermieden werden kann.

Dem Vermögenshaushalt können nur die Pflichtzuführungen zugeführt werden. Zuführungen des Vermögenshaushaltes an den Verwaltungshaushalt sind in der Finanzplanung nicht vorgesehen.

Von weiteren Erhöhungen der Realsteuerhebesätze geht die Finanzplanung ebenfalls nicht aus.

Gebührenerhebungen, die Bürger weiter belasten, sind in den Folgejahren nicht auszuschließen.

Die Aussichten für die nächsten Jahre sind also alles andere als zufriedenstellend. Zurückhaltung bei den Ausgaben wird daher weiterhin oberstes Gebot sein.

Die Deckelung der Finanzierung durch Kredite ist eine wesentliche Aussage zum Vermögenshaushalt und seinen Investitionsmaßnahmen. So sieht der Vermögenshaushalt im Finanzplanungszeitraum Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt 3.135 Millionen Euro vor.

Aus den Kreditaufnahmen dieser Jahre ergibt sich allein eine Nettoneuverschuldung von rund 2,4 Mio. Euro. Die Zins- und Tilgungslasten aus diesen Kreditaufnahmen sind von den künftigen Verwaltungshaushalten zu verkraften.

Die Investitionsplanung berücksichtigt im wesentlichen die Hoch- und Tiefbaumaßnahmen sowie Beschaffungsmaßnahmen soweit sie gegenwärtig für notwendig gehalten werden. Die Finanzierungsmöglichkeiten zwingen auch hier zur Streckung und Verschiebung einiger Maßnahmen.

Dies vorausgeschickt, schließen die Vermögenshaushalte mit folgenden Endsummen ab:

2006	8.410.000 Euro
2007	6.470.000 Euro
2008	5.003.000 Euro

Den Jahren nach dem Finanzplanungszeitraum ist dabei im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Stadt bereits heute Beachtung zu schenken.

Meine sehr verehrten
Damen und Herren Stadtverordnete,

so viel zum Streifzug durch den Haushalt 2005 und die Finanzplanung 2006 – 2008.

Bei der Aufstellung des Haushalts knarrte es gewaltig im Gebälk, aber das Stadtgebäude hält auch für das Jahr 2005 stand.

Hoffen wir alle,

- dass die wirtschaftliche Lage sich nicht weiter verschlechtert, sondern es wieder aufwärts geht,
- dass die gerade begonnene Umsetzung der Hartz IV Reform auch das hält, was sich so viele von ihr erhofft haben;
- dass es nun endlich zu einer umfassenden Verwaltungsstruktur-Reform kommen wird;
- dass die verantwortlichen Politiker auf Bundes- und Landesebene einen erneuten Anlauf zu einer kommunalen Finanzreform wagen
- und dass auf die Städte und Gemeinden durch die Gesetzgebung keine neuen Belastungen mehr zukommen.

Der Haushalt zeigt die Sorgen und Nöte unserer gemeinsamen Arbeit, verbunden mit wichtigen Aussagen zum Denken in den kommenden Jahren.

Der Haushalt zeigt aber auch, dass sich die Finanzlage gegenüber den vergangenen Jahren verschlechtert hat und es gilt, Prioritäten zu setzen. Alle Wünsche werden in den kommenden Jahren wohl nicht erfüllt werden können. Große Aufgaben liegen noch vor uns, die wir gemeinsam angehen sollten. Wann und in welchem Umfang Maßnahmen durchgeführt werden sollten, bzw. Aufgaben entfallen, hängt jedoch wesentlich von der Finanzlage und ihren Auswirkungen ab. Dies sollte stets bei allen Entscheidungen, die wir treffen, nicht außen vorbleiben. Sie als Mitglied des Rates, aber auch die gesamte Verwaltung werden stets die Machbarkeit der Finanzierung vor Augen haben müssen.

Eine Weiterentwicklung der Stadt ist notwendig. Diese Weiterentwicklung setzt Investitionen in verschiedenen Bereichen voraus. Durch das enge Finanzkorsett wird die Verwirklichung mancher Wünsche länger dauern. Ich bin aber sicher, dass wir auch in den nächsten Jahren Lösungen finden werden, die Lüdinghausen weiter voran bringen und die Stadt für die Einwohnerinnen und Einwohner noch attraktiver macht. Die Finanzlage war auch in den vergangenen Jahren nicht immer zum Besten bestellt. Dennoch ist Lüdinghausen in diesen Jahren ein gutes Stück voran gekommen. Dies zeigt sich in fast allen Bereichen des städtischen Aufgabenspektrums.

Nicht umsonst hat die IHK in einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie der Stadt beste Noten ausgestellt. In einem Vergleich der 31 Mittelzentren der IHK Nord-Westfalen hat die Steverstadt bei der Positionsbestimmung im Standortwettbewerb hinter Greven, Bocholt und Emsdetten einen beachtlichen 4. Rang erreicht. Mit dem Bevölkerungszuwachs von 12,4 % zwischen 1992 und 2002 liegt Lüdinghausen unter den 31 Mittelzentren an zweiter Stelle. Die Unternehmerzahl konnte in diesem Zeitraum um 24,8 % gesteigert werden. Ein Spitzenwert wurde beim „Unternehmensbesatz“ erzielt: Pro 10.000 Einwohner gibt es 378 Firmen. Im Bereich der Existenzgründungen rangiert Lüdinghausen bei der bereinigten Zahl von An- und Abmeldungen von 4 mit einem Plus von 19 % an zweiter Stelle. Den dritten Platz weist die Studie der Steverstadt bei der Zahl der Beschäftigten zu. Der Zuwachs lag zwischen 1992 und 2002 bei 10,6 %. Rapide gestiegen ist der Auslandsumsatz, nämlich um 137,5 %. Ein Zeichen dafür, dass sich Lüdinghauser Unternehmen in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingeklinkt haben. Während der Umsatz der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2002 um 2,5 % sank, haben die heimischen Firmen ein Plus von 3,5 % zu verzeichnen.

Verehrte Stadtverordnete,

ich bin davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung unserer Stadt auch in den kommenden Jahren – trotz der zuvor dargelegten Probleme – erfolgen wird, vielleicht ein wenig langsamer, als in den Jahren zuvor.

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen.“ Dieses wegweisende Zitat über die Zukunft stammt von dem französischen Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry. Und seine Kernaussage: Zukunft kann man bauen, sie umschreibt die Quintessenz aller Vorsätze, die gemeinhin zum Jahreswechsel, aber auch bei der Aufstellung eines Haushalts gefasst werden, wie auch den Kernpunkt allen politischen Wirkens. Die Zukunft zu gestalten und unsere Stadt zukunftsfähig zu machen, ihre gegenwärtige Lebensqualität zu sichern und für die kommenden Jahre noch zu verbessern – darauf werden unserer aller Anstrengungen bei den nun bevorstehenden Haushaltsplanberatungen zu richten sein.

Wir können, wir sollen unsere Probleme nicht schöner reden, als sie sind. Aber wir sollten aufhören, unsere Stadt grau zu reden, so als müssten wir sie hinter einem Tarnkleid verstecken. Angesichts von Asiens Leid nach der Katastrophe von 26. Dezember werden die Lüdinghauser Sorgen auf das Maß zurecht gerückt, dass sie haben. Nicht mehr, nicht weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,

zum Abschluss der Einführung des Haushaltsplanentwurfs 2005 möchte ich **Dank** sagen:

- **Dank sagen** einer großartigen kreativen BÜRGERSCHAFT, die mit viel Elan, mit viel Verständnis, mit viel Engagement in den unterschiedlichsten Bereichen, ihre und unsere Stadt stets mitgestalten und mittragen;
- **Dank** an SIE, die Damen und Herren Stadträte, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit;
- **BEDANKEN** möchte ich mich bei meinen Vertretern im Ehren- und Hauptamt, **Herrn Weiland, Herrn Holz, und Herrn Dr. Scheipers**, die mich so tatkräftig im letzten Jahr unterstützt haben.
- **Dank sagen** möchte ich aber auch den **FRAKTIONS-** und **AUSSCHUSSVORSITZENDEN** für manch offenes Wort;
- **BEDANKEN** möchte ich mich aber auch ganz besonders bei Ihnen, **HERR TUSCHMANN**, der Sie nunmehr zum zweiten Male die Hauptverantwortung für einen Haushaltsplan mittragen und der Ihnen auch so manche schlaflosen Nächte mit Sicherheit bereitet hat. In **diesem Dank** schließe ich ausdrücklich **IHRE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN** mit ein, die am Aufstellungsverfahren des Haushaltsentwurfs 2005 mitgewirkt haben.
- Hiermit verbinde ich meinen **Dank** an **ALLE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER**, die im vergangenen Jahr ungewöhnlich viele zusätzliche Belastungen und Aufgaben hervorragend bewältigt haben.

Durch das Engagement all der gerade zuvor Genannten, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie alle dazu beigetragen, dass unsere Stadt sich weiterentwickelt hat und auch ein großes Ansehen genießt.

Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete, **danke** ich für das aufmerksame Zuhören.

Das Motto ist simpel und unwiderlegbar:

„Leben“ so steht geschrieben, „wird nicht von der Zahl unserer Atemzüge bestimmt, sondern von den faszinierenden Orten und Momenten, die uns atemlos machen.“ Und solche Momente, meine sehr geehrten Damen und Herren, da bin ich mir ganz sicher, wird es auch in diesem Jahr 2005 in Lüdinghausen geben.

Ich darf Sie nunmehr bitten, die Entwürfe zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.